

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauditung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße, Telefon Nr. 50, Postcheckkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen kosten die gespaltenen Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die gespaltenen Colonelzeile oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.— Rm. Bei Postbezug 1.80 Rm.

Nummer 47.

Donnerstag, den 29. April 1926

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die schon seit längerer Zeit geplante Senkung der Börsenumsätze mehr auf dem Wege durchzuführen. Reichsfinanzminister Dr. Reinhard hat wegen dieser Frage bereits Führung mit den Parteien aufgenommen.

Der Reichsausschuss des Reichstages hat die Beratungen über den Füllenkompromiss auf unbestimmte Zeit vertagt.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin hat Reichskanzler Dr. Luther eine große Rede über die Wirtschaft gehalten.

Bei dem Reichsministerium des Innern ist ein Antrag des Verbundes auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Abgabe öffentlicher Anleihen und die Umverteilung von Hypotheken anderen Ansprüchen eingegangen. Als Vertrauensmann ist Mitglied des Reichstages, Dr. Weltz, bezeichnet.

Wie verlautet, dürfte sich die Zentralstruktur des Reichs entschließen, den jüngsten Reichsjustizminister Dr. Marx als Nachfolger im Reichsjustizministerium werden in Zentralstruktur der Zentralabgeordnete Schulze-Deeslan, der Oberstaatssekretär ist, genannt.

Die Gesamtzahl der Hauptunternehmensempfänger in der Betriebsversorgung ist von 1942 000 am 1. April 1926 auf 1940 000 am 15. April 1926, d. i. um 3 v. H., zurückgegangen.

Der deutsch-russische Vertrag findet in der Welt Presse eine zahlreiche Beurteilung. Nur die französische Presse gibt scharfe Kritik an dem Vertragwerk und spricht sogar von der Notwendigkeit eines offiziellen Schrittes in Berlin.

Über das Verhältnis des deutsch-russischen Vertrages zum Russland ist bereits zwischen den Mächten ein Meinungsverschiedenheit gekommen. Der englische Unterstaatssekretär Tyrell, der auf seiner Rückreise aus Rom in Paris eintrifft, hofft in dieser Angelegenheit mit dem Generaldirektor des Quai d'Orsay eine erste Besprechung.

Der Berliner Vertrag.

Der soeben in Berlin unterzeichnete deutsch-russische Friedensvertrag ist begreiflicherweise augenblicklich lebhafter Erörterung im In- und Auslande. Sofern das Inland in Betracht kommt, wird die Frage, ob dieser Vertrag dem Reichstag zur Annahme vorgelegt werden wird, von Staatsräte entschieden werden, da eine rechtliche Verbindung hierfür nicht vorliegt. In politischen Kreisen wird aber als politisch wünschenswert betrachtet, den Vertrag von den Parteien prüfen zu lassen. Sollte der Vertrag vorgelegt werden, so würde die Reichsregierung auch die Möglichkeit haben, etwa noch auftretende Mißverständnisse in der Öffentlichkeit auch des Auslandes durch entsprechende Darlegungen zu beseitigen. Als diplomatisches Vorspiel wird das Abkommen als „Berliner Vertrag“ benannt werden, da auch die Ratifikationsurkunden in Berlin ausgetauscht werden. In den der Regierung nahestehenden Kreisen bewertet man den Vertrag als die Angleichung von Rapallo und Locarno. Man unterstreicht, daß eine extensive Auslegung des Vertrages, wie sie in einem kleinen Teil der ausländischen Presse erfolgt ist, ebenso falsch wäre, wie die Überheiterung der Bedeutung, die dem Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen zukommt. Die Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses ergaben bereits die grundlegende Zustimmung der Vertreter sämtlicher Fraktionen.

Ganz interessant ist die Stellungnahme der Presse in der neutralen Schweiz. Diese verhält sich bisher zu dem neuen deutsch-russischen Abkommen noch zurückhaltend und beschränkt sich im allgemeinen auf die Wiedergabe der deutschen und ausländischen Pressestimmen. Man versteht aber in der Regel durchaus, daß Deutschland sich nicht einseitig nach Europa orientieren will, sondern als ein Land, das in der ganzen Welt steht, auch gute Beziehungen mit dem zukünftigen Osten unterhalten muß. In sozialistischen Kreisen wird die große Geschäftigkeit Russlands in Paris und den bevorstehenden Annäherungen Frankreichs, Russlands und Deutschlands in Zusammenhang gebracht und begrüßt.

Besserung der Wirtschaftslage.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin hat Reichskanzler Dr. Luther eine bemerkenswerte Rede gehalten.

Wenn man, so führt er aus, den allgemeinen Zustand einerseits bei Beendigung des Weltkrieges und andererseits beim Ende des Ruhrkampfes vergleiche, so sieht man, daß in einer weitgehend nicht leichten Zeit die Lage Deutschlands erheblich gebessert habe. Die Eingliederung unserer Wirtschaft in das Weltmarktgebiebe sei aber noch recht weit von dem Zustande entfernt, der bei der gegenwärtigen Lage dem Deutschland erforderlich sei; denn zur Abdeckung der ihm an-

erlegten Lasten und zur Erfüllung der Zinsverpflichtungen, die sich aus der unvermeidlichen Verschuldung der letzten Jahre ergeben, brauche Deutschland auf die Dauer eine aktive Handelsbilanz. Eine gewisse Verbesserung unserer Handelsbilanzverhältnisse sei unvermeidbar, und zwar eine Verbesserung, die nicht nur auf einer verringerten Einfuhr beruhe.

Schon seit Anfang 1925 sei die Ausfuhr im Steigen begriffen. Der März habe einen Überschuss von 155 Millionen Mark gegenüber der Einfuhr gebracht. Diese Steigerung sei nicht allein eine Folge der deutschen Wirtschaftskraft; denn der Gesamt-Welt-Index der Ausfuhr weise eher eine Steigerung als eine Senkung auf. Dabei bleibe aber die Tatsache bestehen, daß Deutschlands Anteil am Weltmarkt, der für 1913 ein Achtel betragen habe, bei der Ausfuhr 1925 auf ein Viertel zurückgegangen sei. Die Ziffer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter habe eine Höhe erreicht, die der am Ende des Ruhrkampfes und der unter den letzten Nachwirkungen der Inflation nicht viel nachgebe. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrage zurzeit noch immer 1.88 Millionen. Dennoch wäre es verkehrt, wollte man angesichts dieser Zahlen mutlos werden. Allerdings seien

die Träume der Geld- und Kreditinflation endgültig zerstört. Gerade aber angesichts der ungeheueren Erwerbslosenzahl sei es Pflicht jedes Verantwortlichen, nicht aus reinlichem Eigennutz von der Mitwirkung am Neuaufbau der Wirtschaft zurückzustehen.

Notwendig sei eine Hebung der Sparsamkeit; denn ohne diese, auf der unser Geldkreditwesen aufgebaut sei, könne die Wirtschaft nicht bestehen. Die Sparanlagen seien Ende 1925 auf 2% Milliarden Mark gestiegen und hätten sich damit in einem Jahr mehr als verdoppelt. Auch die Bank- und Depositenanlagen hätten zugenommen. Der Reichskanzler führte weiter aus: Wir begrüßen jede Entwicklung des Zinss und Provisionsstandes. Wir hoffen, daß auf diesem Wege weiter kräftig vorangeschritten wird. Die von den neuen Aufwerten bestrebten an ausgehenden Gefahren habe die Reichsregierung durch den bekannten Gesetzentwurf zu vermeiden gesucht. Ziel der gesamten Regierungsbemühungen sei, in der Innen- und Außenpolitik beruhige Verhältnisse zu schaffen, damit nicht nur das inländische, sondern auch das ausländische Kapital sich zu langfristigen und zu tragbaren Bedingungen bereit finde, am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitzuwirken. Die Herbeiführung einer allgemeinen Verhüllung in der Politik sei das Erheblichste, was die Reichsregierung überhaupt zum Wiederaufbau der Wirtschaft tun könne. Das verflossene Jahr habe sichtbare Fortschritte in der Befriedung der Welt gebracht. Selbstverständlich sei das Ziel der Befriedung erst erreicht, wenn auch die zweite und dritte Rheinlandzone

geräumt sei. Durch die Abmachungen von Locarno sei eine Verringerung der Besatzungstruppen erreicht, die freilich noch erheblich hinter den berechtigten Wünschen Deutschlands zurückbleibe und auch die Note der Botschafterkonferenz vom November vorigen Jahres noch nicht verwirklicht habe. Die Vorgänge in Genghistan hätten die politische Entwicklung des friedlichen Wiederaufbaus nicht abgebrochen. Auch der neue Vertrag mit Rußland sei als lebendiger Fortschritt auf der Bahn der allgemeinen politischen Verhüllung zu betrachten.

Der Wiederaufbau der Weltwirtschaft vollziehe sich nur langsam. Auf dem Gebiete des eigentlichen Wirtschaftslebens handele es sich nicht darum, nur den früheren Zustand wiederherzustellen; denn die wirtschaftliche Aufgabe Deutschlands habe sich nicht unwe sentlich verändert. Für Deutschland bleibe die Qualitätsarbeit die beste Grundlage für eine Sicherung des Auslandsgeschäfts. Für Deutschland seien Kolonien unbedingt notwendig.

Die Kritik der Rede Helds.

Mitteilung in Berlin.

Die letzte Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held auf der Tagung der Bayerischen Volkspartei über die deutsche Außenpolitik hat in Berliner amtlichen Kreisen erhebliche Missbilligung erzeugt. So schreibt ein dem Reichsinnenminister nahestehendes Blatt, daß der bayerische Ministerpräsident der Reichspolitik, insbesondere insofern die Stellung Deutschlands zum Völkerbund in Betracht kommt, kritisch und z. T. ablehnend gegenübersteht, was in weiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt.

Trotzdem kann die Erklärung, die der Ministerpräsident Held auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei in Regensburg abgegeben hat, nur geeignet sein, den außenpolitischen Interessen des Deutschen Reiches zu schaden. Wenn das Beispiel des Ministerpräsidenten Held Nachahmung findet, so würde nach außen der Eindruck einer einheitlichen Reichspolitik überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden können. Die auswärtige Politik ist dasjenige Gebiet, das unter allen Umständen dem Reich zusteht.

Die Diskrepanz der Ausschauung, die durch die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck kommt, ist den deutschen Interessen ebenso abträglich, wie wenn die ganze falsche Ausschauung besteht, die von dem bayerischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebrachte Ausschauung stimme etwa mit der der Reichsregierung überein. Unverständlich ist es im übrigen, wie der Ministerpräsident Held der Regierung den guten Rat geben kann, ihre Politik nicht nur nach Westen ein-

zu nehmen und das gerade an dem Tage, an dem der deutsch-russische Vertrag unterzeichnet worden sei."

Eine Erklärung Chamberlains.

Zustimmung zum deutsch-russischen Vertrag.

Auf läufig einer Veranstaltung des englisch-französischen Verbandes in London nahm der britische Außenminister Chamberlain Gelegenheit, sich über den soeben abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag zu äußern. Er betonte zunächst allgemein die Notwendigkeit englisch-französischer Zusammenarbeit und erklärte dann:

Die Welt ist so eng geworden, daß wir nicht mehr sagen können: was hier oder dort geschieht, geht uns nichts an. Wir würden aber einen großen Fehler begehen, wenn wir diese Verhandlungen mit Eifersucht oder Argwohn betrachten. Für die britische Regierung kann ich nur sagen: Während wir aus dem tiefen Gefühl der gemeinsamen englisch-französischen Erinnerungen unsere Freundschaft hochhalten, sind wir nicht eifersüchtig gegenüber den Bestrebungen anderer Staaten, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern.

Wir sehen dabei immer voraus, daß die Verträge, über die verhandelt wird, ihrem Wesen nach eine friedliche und freundschaftliche Regelung darstellen, die den Frieden zwischen den beteiligten Ländern sichern und nicht dazu bestimmt sind, ein feindliches Bündnis zum Zweck des Angriffs gegen andere Nationen zu bilden. Wir sehen ferner voraus, daß diese neuen Verpflichtungen strikt vereinbar sind mit den Verpflichtungen, die diese Staaten haben oder, wie ich hoffe, in kürzer Zeit haben werden gegenüber dem Völkerbund und seinen Zöglingen. Unter diesen Voraussetzungen können wir nur mit Vergnügen auf solche Fortschritte in der gegenseitigen Verständigung blicken und mit der Hoffnung, daß andere Nationen ebenso wie wir, Frankreich und Großbritannien, danach trachten, alte Freundschaft warm und eng zu halten und auf der alten Freundschaft die Versöhnung mit früheren Feinden aufzubauen."

Stresemann und Tschitscherin.

Ein Telegramm wechselt.

Zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem russischen Volkskommissar Tschitscherin ist aus Ulaz der Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages folgender Telegrammwechsel erfolgt:

„Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich soeben mit dem Botschafter Kreftinski die Abmachungen unterzeichnet habe, deren Grundlage wir im vorigen Jahr erörterten. Ich bin der festen Zuversicht, daß der geschlossene Vertrag dem Zweck gerecht werden wird, dem zu dienen er bestimmt ist: auf der durch den Rapallovertrag geschaffenen Grundlage des freundschaftlichen und friedlichen Zusammenschwirke beider Völker an der Festigung des Weltfriedens mitzuwirken.“

„Ich danke Ihnen aus wärmster für die freudige Mitteilung über die Unterzeichnung unseres neuen Vertrages. Ich freue mich feststellen zu können, daß die Versprechungen, die ich im vorigen Jahr mir dem Reichskanzler und mit Ihnen gegeben habe, zu einem positiven und höchstfreudlichen Erfolg geführt haben. Wir fassen unseren Vertrag auf als ein Werkzeug des Friedens, das zur Festigung des Weltfriedens beitragen soll. Der Geist von Rapallo lebt in diesem Vertrag weiter und übt seinen wohlenden Einfluß auf die allgemeine Lage aus.“

Tschitscherin.“

Wirtschaft und Staatsverwaltung.

Deutscher Industrie- und Handelstag.

In Berlin ist der Deutsche Industrie- und Handelstag zusammengetreten. Zur Eröffnung der Tagung fand ein Festessen statt, auf dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine beachtenswerte Rede hielt.

Er legte seinen Ausführungen zugrunde, daß Wirtschaft und Staatsverwaltung nur verschiedene Funktionen eines gemeinsamen Ganzen seien. Jetzt kann wieder, so legte der Minister dar, von der Reichsregierung gemeinsam mit der Wirtschaft im einzelnen daran gearbeitet werden, die staatlichen Maßnahmen den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen, um den wechselseitigen Bedingtheiten von Staat und Wirtschaft gerecht zu werden. Der Minister teilte hier neue Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Binnenschifffahrt mit, u. a., daß das Reichswirtschaftsministerium im Einverständnis mit dem Reichsbankdirektorium dem Reichskabinett zur Beschlussfassung den Entwurf einer Verordnung über die Auflenkraftszehrung des Deviseneinheitskurses und des Verbotes des Devisenterminhandels soeben vorgelegt hat.

Die Hauptaufgabe, so fuhr der Minister fort, die wir in der nächsten Zeit gemeinsam durchzuführen haben, ist die Befreiung des Staates und der Wirtschaft von unproduktiver Arbeit, die Durchführung des Sparprogramms hier, der Rationalisierung dort. Die Erkenntnis der Notwendigkeit der

Berwaltungsreform

zieht immer weitere Kreise. Wir werden uns ihr nicht entziehen dürfen. Dabei werden wir die Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden sachgemäß abgrenzen und neuordnen, und die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften auf das Maß des unbedingt Notwendigen beschränken. Die Nationalisierung in der Wirtschaft ist in vollem Gange. Die Pflicht des Staates wird nicht abgelehnt werden dürfen, dem Volke, wo es unter der Umstellung leidet, soziale Hilfe zu gewähren. Mehr als je werden Staat und Wirtschaft zusammenwirken müssen, um diese gewaltige Krise bald zu überwinden. Erst die volle Durchführung des Umstellungprozesses wird die Erkenntnis des richtigen Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft ermöglichen. Wir werden aber schon jetzt folgendes feststellen dürfen und nach dieser Erkenntnis handeln müssen: Offensichtlich sind die Zeiten der sogenannten Staatswirtschaft vorüber. Auf der anderen Seite kann der Staat eine schrankenlose Freiheit der wirtschaftlichen Unternehmungen nicht mehr dulden, die die Wirtschaft vernichten würde. Ein Mittel zwischen beiden Extremen ist das für deutsche Verhältnisse allein mögliche, vor dem seitens bereits eingeleitete System. Der Minister verglich endlich das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft mit einer Ehe, in welcher der eine Teil, der Staat, Schutz und Führung des gemeinsamen Weges zu übernehmen habe, während das Schaffen und Wirkeln Aufgabe des anderen Teiles sei.

Die Verhandlungen in Marocco.

Auf dem Wege zum Frieden.

Über den Stand der Verhandlungen mit den Afrikäern in Wuda nach dem ersten Verhandlungstag berichtet der Havaasvertreter, man habe sich vor allem mit der Prüfung der Sicherheitsmaßnahmen beschäftigt, also mit der Entfernung Abd el Krim aus dem Afrikäerland. Dies sei ein heißer Punkt für die Afrikäer, denn sie seien, wie der Berichtsteller hervorhebt, doch gerade von dem Interessierten selbst zu den Verhandlungen ermächtigt worden. Die Spanier und Franzosen seien einschlossen, Abd el Krim sobald als möglich aus dem Land zu entfernen, wollten jedoch die berechtigte Empfindlichkeit bei Regelung dieser Frage schonen. Die Entwicklung der Stämme in den Gebirgsgegenden werde noch weitere Verhandlungen mit den örtlichen Führern notwendig machen. Schließlich habe Spanien auch das Problem der Verwaltungsautonomie angeschnitten.

General Simon habe noch darauf aufmerksam gemacht, daß gewisse Zwischenfälle in der Gegend von Uezza gemeldet worden seien, die auf die Ankunft von Misagatoren zurückzuführen seien. General Simon habe darauf hingewiesen, daß eine zweideutige Handlung Abd el Krim's, wenn sie erwiesen werde, große Nachteile zur Folge haben würde. Der General betonte, man sei auf den Kernpunkt der Verhandlungen gekommen, ohne bei den Afrikäervertretern auf systematisch schlechten Willen zu stoßen.

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Die Arbeiten der vorbereitenden Kommission.

Die augenblicklich in Genf tagende Kommission zur Vorbereitung der geplanten Weltwirtschaftskonferenz bemüht sich augenblicklich eifrig, die nötige Klärung über die zu behandelnden Fragen herbeizuführen. Bedeutam war es, daß bereits in der ersten Sitzung der Gegenjahr zwischen den englischen und französischen Vertretern zum Ausdruck kam. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um das Problem der Entwicklung der nationalen Industrien. In einer einleitenden Ansprache wies zunächst Thunis als Vorsitzender auf den verschlüsselten Charakter der Verhandlungen hin und bat die Anwesenden, offen ihre Meinung zu äußern ohne Rücksichtnahme auf die Beziehungen ihrer Länder. Als erster Redner der Generaldebatte erhielt der Engländer Smith das Wort, der von der Arbeit der Kommission praktische Resultate verlangte und dorum für eine Verkürzung des Programms eintrat. Er wies insbesondere auf die Hindernisse hin, die den internationalen Warenaustausch und die Produktion behinderten.

Der französische Gewerkschafter Jouhaux warnte vor theoretischen Erörterungen. Er regte die Einsichtung von Unterschlüssen an. Hierauf entwickelte er ein umfangreiches Programm, aus dem folgende Gesichtspunkte hervorzuheben sind:

1. Stabilisierung der Währung. 2. Internationale Versän-

digung auf dem Gebiete der Handelspolitik, die Bekämpfung des Dumping und Zollfreiheit für die Rohprodukte und Nahrungsmittel, Kontrolle der Produktion von Betriebeisen, Baumwolle, Gummi, Petroleum und Steinkohle, Einschränkung der Überproduktion. 3. Enge Zusammenarbeit des Völkerbundes und aller wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Spartenorganisationen zur Regelung der Produktion, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft, internationale Verständigung über eine gemeinsame Arbeits- und Arbeiterpolitik.

Als letztes Ideal stellte er die europäische Zollunion hin. Der Amerikaner Professor Young betonte, daß es Aufgabe der Wirtschaftskonferenz sei, die laufende Wirtschaft zu heilen. Als letzter Redner sprach der italienische Großindustrielle Prelli, der als einer der Hauptursachen der wirtschaftlichen Umstellung nach dem Kriege auf das Entstehen zahlreicher neuer Industrien in den neuen Staaten hinweist. Die Aufnahmefähigkeit der Kolonien müsse gesteigert werden, um den Abfall der nationalen Produktion zu erleichtern. Für den weiteren Verlauf der Generaldebatte, die am Dienstagvormittag stattfinden wird, haben sich weitere sieben Redner angemeldet, darunter auch Staatssekretär Trendelenburg.

Politische Tagesschau.

** Die Rechtsstellung der Reichsbahnbeamten. Mit der Rechtsnature der Reichsbahngeellschaft und der daraus folgenden Rechtsstellung der Reichsbahnbeamten beschäftigt sich ein Urteil des Reichsgerichtes vom 19. März 1926: Auf Grund der Entstehungsgeschichte der deutschen Reichsbahngeellschaft und der maßgebenden Gesetzesbestimmungen gelangt das Reichsgericht zu folgendem Ergebnis: Der Betrieb der Reichsbahn und die damit in Verbindung gebrachte Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sind Angelegenheiten des Reiches. Die Reichsbahngeellschaft ist eine für Besorgung dieser Angelegenheiten errichtete, mit eigener Rechtspersönlichkeit und mit den Rechten der Selbstverwaltung ausgestattete, aber in die Verfassung des Reiches eingegliederte und seiner Auffsicht unterstehende öffentlich-rechtliche Anstalt in der Form einer Handelsgesellschaft. Die Beamten der Reichsbahngeellschaft sind mittelbare Reichsbehörden, die Reichsbahnbeamten sind mittelbare Reichsbeamte im staatsrechtlichen Sinne und folglich hinsichtlich aller ihrer dienstlichen Verrichtungen Beamte auch im Sinne des Strafgesetzbuches.

** Hilfe für die notleidenden Winzer. Wie der Amstliche Preußische Pressebeamte mitteilt, hat die preußische Staatsregierung zur Linderung der Not der Winzer in der Rheinprovinz und im Regierungsbezirk Wiesbaden dem Oberpräsidenten der Provinz zwei Millionen Reichsmark zugunsten der notleidenden Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Der Oberpräsident der Rheinprovinz ist zum Kommissar für die Verteilung dieser Mittel bestellt worden.

** Die interalliierte Schuldenregelung. Vor der Finanzkommission der französischen Kammer gaben Ministerpräsident Briand sowie der französische Finanzminister Erklärungen über die Frage der interalliierten Schuldenregelung ab. Der Finanzminister betonte, die französische Regierung werde in diesem Jahre bis zum 31. Dezember Zahlungen in Höhe von 2 Millionen Pfund Sterling leisten und weitere 2 Millionen Pfund Sterling vom 1. Januar 1927 bis zum 31. März 1927. Diese 4 Millionen Pfund Sterling würden auf die später festzustellenden Jahreszahlungen angerechnet werden. Der Finanzminister ging darauf auf die Projekte einer Regelung der Schulden an die Vereinigten Staaten ein, die bis jetzt vorliegen und verglich sie mit dem augenblicklichen Projekt, auf das er des näheren einging. Briand verbreite sich darauf über das Gesamtproblem der interalliierten Schulden, wobei er besonders auf die Frage der Transferregelung einging.

** Abschaffung der Militärdienstpflicht im Frieden? Aus Washington wird gemeldet, daß dem Staatsdepartement eine Anregung übermittelt wurde, wonach der vorbereitende Aufrüstungskonferenz in Genf die obligatorische Abschaffung der Militärdienstpflicht im Friedenszeiten vorgeschlagen werden soll. Die Anregung ging von der Parlamentskommission aus. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß das Staatsdepartement sich zu diesem Schritt entschließen wird, da Präsident Coolidge wiederholt seine Abneigung gegen eine weitere Reduzierung der militärischen Bestände der Vereinigten Staaten unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat.

** Fall des Attentäters. Nach Mitteilung der

Schweizerischen Deutschenagentur entspricht die Meldung Berliner Münzblattes über ein Attentat auf den Präsidenten der Weltwirtschaftskonferenz nicht den Tatsachen. Es liegt eine Verweichung mit dem gestern gemeldeten mißlichen Revolveranschlag auf den hier wohnenden Adolfo vor.

Handelsteil.

Berlin, 28. April

— Devisenmarkt. Am Devisenmarkt setzen die Frankfurter Börsenblätter nach der kurzen Unterbrechung ihre rückläufige Entwicklung wieder fort. London-Paris 136%, London-Brüssel 135%, Berlin unverändert. London gegen New York fest.

— Effektenmarkt. In der Lustlosigkeit des Geschäfts sind auch heute nichts. Die Tendenz ließ sich eindeutig höher an. Heimische Aktien ebenfalls bestätigt. Bonnaktien zuverlässigerem Grundton bestätigt.

— Produktionsmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen (märz) 29.6.-29.9., Roggen (märz) 17.8.-17.8., Sommer 19.5.-21., Winter- und Buttergerste 17.3.-19., Hafer 19.2.-20.2., Weizenmehl 37.5.-39.75, Roggennmehl 25.25-27.5, Weizenkleie 11.25, Roggenkleie 11.9.-12.25.

Frankfurt a. M., 28. April

— Devisenmarkt. Im Devisenmarkt liegen die Frankfurter Börsenblätter unverändert schwach. Die Pariser Pfundparität geht auf 146.60 an, die Brüsseler Pfundparität ging auf 136.60. Die Mark ist unverändert.

— Effektenmarkt. Nach dem ungünstigen und lustlosen Lauf der Börse eröffnete die Effektenbörse heute in wesentlich verbessert und vertrauensvoller Stimmung. Das Geschäft nahm einen flotteren Gang. Die freundlichere Stimmung ist wohl darauf zurückzuführen, daß in Börsenkreisen mit einer zügigen weiteren Herabsetzung des Diskontsatzes durch die Reichsbank gerechnet wird. Deutsche Anteile ziemlich erholt. Aktienanleihe 0.417, später 0.412%, Schuhgebietanleihen 5.7. Aktienanleihen wenig verändert.

— Produktionsmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen 30.-30.5., Roggen 20., Sommergerste 22.75.-24.75., Hafer 23.25.-24., Mais (gelb) 18.5.-19., Weizenmehl 42.25.-42.75., Roggenmehl 29.-29.5., Weizenkleie 10., Roggenkleie 11.-11.5.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. April

Präsident Löbe beglückwünscht den Alterspräsidenten Reichstages, den Abg. Bod-Gotha, dessen Platz mit einem großen roten Kissen geschmückt ist, zu seinem 80. Geburtstag. Er weist darauf hin, daß der Abg. Bod mit kurzen Unterbrechungen 42 Jahre lang dem Reichstag angehört habe. Das seltsame Ereignis in der Geschichte des Reichstages. (Beifall)

Das deutsch-griechische Abkommen wegen Aufhebung des Fuhrzwanges für Erfindungspatente wird in allen drei Gesetzestagen angenommen. Zur Verhandlung steht dann der Gesetzesentwurf über die Bestrafung des Zweikampfes. Danach kann bei wegen Duellvergehens erkannt Strafe auf Verlust der beiden öffentlichen Amtier und bei Soldaten auf Lösung Dienstverhältnisses erkannt werden. Zu besonders schweren Fällen muß hierauf erkannt werden.

Rechtsjustizminister Marx bittet um schleunige Erledigung der Vorlage, die noch vor dem 1. Mai erledigt werden müsse. Gesetzentwurf wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Zur Handlung steht dann der durch das Volksbegehren zur Vorlesung an den Reichstag gelangte sozialdemokratisch-kommunistische

Gesetzentwurf zur Enteignung der Fürstenvermögen.

Auf Antrag der Sozialen wird mit der Debatte ein Gesetzentwurf „zur Enteignung des Vermögens der Bank- und Eisenbahnen und anderen Börsenparasiten“ verbunden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) kritisiert die Vorgänge im Reichstag. Alle anderen Mittel verlangen, es bliebe nur der Gesetzentwurf und die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen. (Beifall)

Wenn je die Enteignung berechtigt sei, dann gegenüber deutschem Fürsten. Sie haben das deutsche Volk in den Untergang gestürzt. (Vorwurf bei den Deutschen und Rufe: „Sie sich!“, „Geschichtslügen!“) Sie sind haftbar für das Unglück, sie über das deutsche Volk gebracht haben. Unter diesen Bedingungen kann es nicht anders sein.

Wie Rosa ins Schloß kam, wußte sie selber nicht mehr. Nur daß sie dann, von Entzücken geschüttelt, schluchzend Frau Semmelblonds Arme fiel und die Nacht unter den alten Leuten verbrachte. Heute morgen hatte dann der Frau schweren Herzschlag gelungen.

Hella hatte schweigend zugehört, die blassen Lippen aufeinandergepreßt.

„Wie sah der Mann aus?“ fragte sie nun.

„Genau wie das Bild oben im Saale, nur viel, viel älter. Ein langes, schmales Gesicht, weiß wie ein Blatt Papier, grauer Knebelbart und schwarze Augen. Frau Semmelblond sagt ja auch, als das Bild gemalt wurde, war der gnädige Herr noch nicht fünfzig und dreißig Jahre später starb er erst . . .“

„Lassen Sie sich doch von der Semmelblond nicht einreden“, fiel Hella ungeduldig ein. „Die sieht überhaupt nicht aus und hört überall Gespenster, während es sich in Wirklichkeit doch nur um natürliche Dinge handeln kann. Den Geister gibt es nicht und was tot ist, kann nie wieder lehren.“

„Aber ich habe ihn doch selbst gesehen!“

„Wer? Den toten Herrn Heinrich sicherlich nicht, sondern irgendeinen Menschen, der sich hier einen schlechten Scherz erlaubt oder sonst einen lichtscheuen Plan verfolgt.“

„Man hörte ihn doch gar nicht gehen! Er schwiebte —“

„Unsinn. Der Mensch wird einfach Gummifüßchen tragen. Und nun möchte ich allen Ernstes wissen, ob Sie uns wirklich deshalb verlassen wollen?“

„Ah, ich will ja nicht, gnädiges Fräulein, aber wenn es so zugeht in diesem Gespensterschloß . . . Sie müssen es ja selbst hören nachts, das Getappe und Gellage und Gezeitel!“

(Fortsetzung folgt.)

Das einsame Schloß.

Roman von Eric Einstein.

Urheberschutz durch Stuttgarter Romanzentrale

42

„Und mein gutes Mamachen ist immer bereit, allen zu helfen und Freude zu bringen!“

„Ach, sieht Du, Hella, das geht nun einmal nicht anders. Wir repräsentieren doch ein altes Geschlecht, das Jahrhundertelang der Mittelpunkt der Gegend war. Es ist ja so schön von den Leuten, daß sie nun mit allem zu mir kommen, bloß weil ich eine Rosenherrin bin und auf Gollenhofen lebe. Mich macht diese Treue gegen meine Familie ja so glücklich! Erst seit ich Fühlung mit den Leuten befand, ist mir Gollenhofen wieder ganz die Heimat, von der ich immer träumte!“

Hella umarmte die Mutter gerührt. Ja, Mama war glücklich hier, wurde es mit jedem Tage mehr, und so sollte es auch bleiben!

„Geh' nur, Mamachen. Die Sache mit Rosa hoffe ich schon wieder in Ordnung zu bringen.“

Eine Weile noch blickte sie der Majorin, die sich in der letzten Zeit förmlich verjüngt hatte und ganz jugendlich den Berg hinabstieß, nach. Dann stieg sie leisend die Treppe hinauf, um mit Rosa zu sprechen. Ihr ahnte, was hinter dieser Kündigung steckte.

Es war, wie sie vermutete. Das Mädchen fürchtete sich einfach auf Gollenhofen. Es hatte den nächtlichen Lärm gehört und war von den Semmelblonds darüber im Vertrauen aufgeklärt worden, daß dies „der Geist des alten Herrn Heinrich sei, der keine Ruhe im Grabe habe.“

Zum Glück verschwiegen sie wenigstens die Ursache und schärften Rosa ein, zu keinem Menschen darüber zu reden, am allerwenigsten zur gnädigen Frau.

Rosa traute sich nun keine Nacht ordentlich zu schlafen, bildete sich ein, den „Geist“ überall zu hören, und wäre nicht um die Welt abends allein in ein dunkles Zimmer gegangen.

Trotzdem wäre sie geblieben. Denn erstens war sie der Herrschaft ergeben, zweitens arbeitete ihr Liebster jetzt in einer Schlosserwerkstatt in Sankt Martin und kam jeden Abend auf ein Plauderstündchen zu Rosa. War es schön, trafen sie sich im Park, regnete es, saßen sie mit Semmelblonds in der Wohnstube.

Rosa war Rosa aber gestern abend etwas schreckliches begegnet. Sie hatte ihren Liebsten eben bis an das Parktor begleitet und wollte nach einem zärtlichen Abschied ins Schloß zurückkehren, als sie sich plötzlich einem wildfremden Manne gegenüber sah, der aus der Richtung des Glassauses zu kommen schien.

Im ersten Augenblitc dachte sie nichts Schlimmes, sondern bloß, daß der Herr, der einen langen, dünnen Knebelzettel trug und etwas Fremdartiges hatte, ein verrückter Tourist aus dem Bachenbergergebirge sei.

Sie fragte ihn daher ganz freundlich, ob er vielleicht den Weg nach Sankt Martin suche, der auf der anderen Seite des Parkes an der Kapelle vorüberführe, und ob sie ihn hineinführen solle, da es schon stark dunkle.

Der Fremde aber ging mit feierlichen Schritten lautlos an ihr vorüber, ohne zu antworten. Der Blick seiner sterben, dunklen Augen streifte dabei über sie hinweg, als sei sie Luft.

Da erst packte sie das Entsehen. Heiliger Gott, das war ja gar kein richtiger Mensch von Fleisch und Blut! Man hörte ihn ja gar nicht gehen! Es war gerade so, als schwiebe er nur so über den Erdboden hin . . . Das konnte nur der alte Herr sein, dessen Bild oben im Saale hing und der gar keine Ruhe im Grabe batte.

durch einen von den Deutschen nationalen verteidigt werden, befinden sich französische, montereignische und russische Staatsangehörige, die das Volk ausplündern wollen. Daß die Deutschen nationalen eine Enteignungsgesetz als Raub und Diebstahl bezeichnen, ist nicht unverständlich, aber schwer verständlich ist es, daß die Regierung in ihrem Gutachten auf die Seite der Deutschen nationalen stellt.

Ebz. Graf Westarp (Danz.) lehnt den Enteignungsgesetzentwurf. Eine Begründung dieser Ablehnung erübrigt sich. Sie sei höchstens möglich. Dieses erste Vollsitzgehege sei ein Begehr des Raubes und des Raubes. (Vom linken.) Die Linke berufe sich auf 12% Millionen Stimmen, aber 27% Millionen Wahlbezirke habe dieses Treiben abgelehnt. Die 12% Millionen Wähler sind gewonnen worden durch eine Fülle von Unwahrheit. (Unruhe links.) Unwahr ist, daß den Fürsten aus allen Vermögen Mittel zugewandt werden sollen. Es handelt um Rückgabe widerrechtlich entzogenen Besitzes. Unwahr ist, daß dadurch neue Lasten auferlegt werden sollen. Gerade Schlosserlernhaus habe auf 88 Prozent, das seien mindestens 2 Millionen, seines früheren Vermögens verzichtet.

Preußischer Landtag.

Berlin, 28. April.

Der Preußische Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung den Entwurf an, der die auf Grund der letzten Wahlen neu aufgestellte 27. Reichsratsstimme der Führung des Staatsministers unterwarf, und genehmigte die Verordnung bezüglich der Befreiung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialsitzungen von Ober- und Niederschlesien. Es folgt die Beratung eines Initiativgesetzes der Deutschen Nationalen, Demokraten und Sozialdemokraten über die Befreiung von Mitgliedern des Reichsrates durch Provinzialverwaltungen. Der Antrag bestimmt, daß der Behinderung jedes Reichsratsmitglied verpflichtet ist, der Stellvertretung seinen gewählten Vertreter oder eines Staatsministers bestellten Mitglieder zu beauftragen. Die Mitglieder dieser zu schaffenden Bestimmungen sollen wie folgt abstimmen: 1. In den Ausschüssen des Reichsrats führt ein vom Staatsminister bestimmtes Mitglied die Stimme des Landes. 2. Gegenstände der Tagesordnung der Vollstzung sind in gemeinschaftlicher Beratung aller preußischen Mitglieder des Reichsrats zu erörtern. In der Vollstzung werden die Stimmen gemäß der Entscheidung der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsminister bestimmtes Mitglied abgegeben, es sei denn, daß sich mehr als zehn Stimmen der Provinzialvertreter in der Minderheit befunden haben. Jedem gewählten Mitglied steht das Recht zu, bei einheitlicher Stimmabgabe von dem Beschluss der Vorberatung abweichende Stellung im Reichsrat bekanntzugeben.

Noch einer längeren Ausprache ergibt sich bei der namentlichen Abstimmung die Beschränkungsfähigkeit des Hauses. Nationalen und Zentrum beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Damit ist dieser Gegenstand erledigt. In der neuen Sitzung wird die Vorlage über die Vertretung vor den Verhandlungsgerichten im wesentlichen nach den Ausschusshäuschen kommen. Es folgt die Abstimmung des Wohlfahrthaushalts.

Aus aller Welt.

Sturmshäden in Bayern. Der über einen großen Teil hinweggegangene Orkan hat in Passau ganze Buden der Maidult umgelegt und dabei vier Personen verletzt. In Bamberg wurden zwei Personen von einer stürzenden Bahn und ebenfalls schwer verletzt.

Drei Arbeiter durch Mauereinsturz verletzt. Bei Aufzugsarbeiten in einem Fabrikgebäude in Berlin stürzte im Stock des Hauses eine circa 1,50 Meter hohe und 80 Meter lange Mauer ein, wodurch vier mit Arbeiten beschäftigte Personen verletzt wurden.

Der Abschluß der Berliner Hygiene-Ausstellung. Die Berliner Reichsgesundheitswoche veranstaltete allgemeine Hygienezesse und Ausstellung Berlin 1926 hat ihre Tore geschlossen. Sie hat einschließlich der beiden Volksstage einen Gesamtbetrag von 115 000 Personen zu verzeichnen. In der Hygienezesse sind Verläufe nach dem In- und Ausland beschleidigender Zahl getätigten worden. Der Erfolg scheint eine Überholung der Welle für das nächste und für die folgenden Jahre gesichert zu haben.

Zum Eisenbahnunfall in Magdeburg-Nienstadt. Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg ist der bei dem Unfall bei Magdeburg-Nienstadt schwer verletzte Rottenschüler Biemann seinen Verletzungen entgegen anders lautenden Meldungen gestorben. Entgegen anders lautenden Meldungen stellt die Reichsbahndirektion fest, daß der Zug nicht etwa in die Rothe Bahn fuhr, sondern daß der tödlich verunglückte Bahnunterhalter Bischof trotz der von allen anderen Arbeitern gegebenen Warnungen aus eigenem Antriebe über das Gleis gegangen und vor den Zug gelaufen ist.

Sin den Tod gerast. Auf der Leipziger Chaussee in Nähe von Magdeburg überschlug sich ein Auto, als es mit einer Geschwindigkeit von 80 km. die Chaussee hinauffuhr. Der Führer des Autos, ein Ingenieur aus Bremen, sofort tot, während sein Mitfahrer mit leichteren Verletzungen davongekommen.

Schweres Explosionsunglück. In dem Kraftwerk der Maschinenfabrik in Osnabrück ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Ein Schlosser war beauftragt, eine Gasprobe aus einer Glühwe mit verdichtetem Kerosinfegas zu entnehmen. Als er den Auftrag ausführte und die Probe zur Untersuchung abgab, erfolgte kurze Zeit darauf eine Explosion, bei der Schlosser und ein Maschinist den Tod fanden. Die Ursache dieser Explosion konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden, da außer den beiden Verunglückten niemand zugegen war.

Feuer im Turme der „Heilige-Geist“-Kirche. Im Turme der „Heilige-Geist“-Kirche in Potsdam, in dem die drei Glocken eingeweiht worden waren, brach Feuer aus. Das Feuer löste den Brand nach dreistündiger Tätigkeit.

Dom Blitz erschlagen. Im Dorfe Kublau (Mecklenburg) stand ein Knecht, der mit vier Pferden auf dem Felde beschäftigt war und den ein Gewitter überraschte, vom Blitz getötet. Knecht und Pferde waren sofort tot.

Großfeuer in Neppen. In dem Sägewerk brach in einem Schuppen ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit griff und bei der reichen Nahrung und dem starken Wind um sich das ganze Werk erschafte. Trotzdem die Feuerwehr an der Stelle war, gelang es nicht den Brand erfolgreich zu bekämpfen, so daß das gesamte Werk ein Raub der Flammen wurde.

Nebenfall auf einen Italiener in Esch. Der Italiener Garbetti, ein intimer Freund des vor einigen Monaten von den Kommunisten erschossenen Sekretärs des italienischen Wohlfahrtsvereins, Bonelli, wurde beim Verlassen einer Wirtschaft in Esch von drei unbekannten Italienern mit dem Rufe: Du bist ein Fasist! überfallen und mit Taschländern beschlagen. Schließlich wurde er durch einen Schuh ins Bein niedergestreckt. Die Angreifer entflohen über die nahe französische Grenze.

Eine ganze Ortschaft abgebrannt. In der Ortschaft Freibach bei Graz entstand in einer Scheune ein Brand, der sich infolge des starken Windes rasch ausbreite und die ganze Ortschaft einäscherte.

Das Chepari-Vederer begnadigt. Nach einer Budapester Meldung hat der Reichsverweier Horthy den Mörder des reichen Fleischermeisters Andolla, den ehemaligen Gendarmerie-Oberleutnant Gyula Vederer, der mit seiner Frau zusammen Andolla auf bestialische Weise ermordet hatte und der daraufhin ebenso wie seine Frau wegen Raubmords zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt.

Die Rache eines Elefanten. In dem indischen Staat Madras erlitt ein Elefant, der in einer Prozession marschierte, unter den Zuschauern einen Knaben wieder, der ihn eine Waffe vorher, als das Tier sich in seinem Rüssel befand, aus Mutwillen in den Rüssel gestochen hatte. Der Elefant stürzte sich auf das Kind, warf es mit dem Rüssel zu Boden und zerstampfte es. Die Zuschauer wurden von einer Panik ergriffen und flüchteten nach allen Seiten. Drei Frauen wurden dabei von der Menge zu Tode getreten.

Aus Nah und Fern.

Frankfurt a. M. (Errichtung eines Bezirks-Sekretariats des A. D. G.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in Frankfurt a. M. Gallus-Anlage 1, ein Bezirkssekretariat für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck errichtet. Das Sekretariat steht den Gewerkschaftsleitungen, Behörden und Interessenten für alle sozialpolitischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten jederzeit zur Verfügung.

Frankfurt a. M. (Der Tod auf den Schienen.) Gegen Mitternacht wurde auf dem Bahnhof zwischen Wilmersdorf und Hanau-West die Leiche eines Dienstmannes aus Hanau von einem Bahnwärter aufgefunden. Vermischt liegt Selbstmord vor.

Frankfurt a. M. (Kampf gegen den Koloradosäfer.) In sämtlichen Schulen des Regierungsbezirks Wiesbaden sollen demnächst Merkblätter verteilt werden, in denen der Koloradosäfer, ein von Amerika aus nach Frankreich eingeschleppter Pflanzenschädling, der zurzeit Nassau von Westen her bedroht, gezeigt und beschrieben wird. Der Säfer und seine Larven fressen die Kartoffelfelder völlig kahl und können schweren Schaden anrichten. Auch vermag der Säfer weite Strecken zu überspringen. Sämtliche nassauischen Schulen werden ein wachsames Auge auf den Schädling bis zum Herbst haben. Sollte er irgendwo auftreten, ist es erwünscht, sofort Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu erstatten, damit Geheimnahmen ergriffen werden können.

Büdingen. (Gasrieg gegen den Messingläfer.) Im hiesigen allen Kreisamtsgebäude, das vom Messingläfer schwer bedroht ist, werden zurzeit umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um den Schädling durch Vergasung zu beseitigen. Alle Fenster und Türen werden abgedichtet und die Alten auseinandergelegt, damit das Gas besser Zutritt findet.

Frankfurt a. M. (Selbstmord am Grabe des Gatten.) Auf dem Nordfriedhof versuchte eine 70jährige Frau aus Mainz am Grabe ihres Gatten durch Einnehmen von Phos sich das Leben zu nehmen. In Hoffnunglosigkeit wurde die Frau ins Krankenhaus eingeliefert.

Mainz. (Americanscher Besuch in Mainz.) Aus Anlaß der Anwesenheit des Großbuchdruckereibesitzers Mister Bartlett, New York, rief die Geschäftsleitung der Gutenberg-Gesellschaft eine besondere Sitzung ein. In Verbindung des Oberbürgermeisters Dr. Küll begrüßte der Oberbürgermeister a. D. Göttelmann den großen Freund und Förderer der Gutenberg-Gesellschaft und überreichte ihm mit herzlichen Worten der Dankbarkeit und Verehrung ein gediegnes Exemplar der vorjährigen Gutenberg-Schrift. Mister Bartlett übertrug im Verlauf nach seiner früheren Spende von 5000 Dollar einen weiteren Beitrag von 1000 Dollar. Die Veranstaltung nahm einen anregenden Verlauf.

Hanau. (Ein einem Rehboden angefallen.) In der zwischen Hanau und Wiesbaden gelegenen Hasanerie wurde eine Ehefrau von einem Rehboden angefallen. Auf die Hilferufe der Angefallenen kamen Leute hinzu und erschlugen den zweijährigen Rehboden, der die Frau zu Boden geworfen und mit dem Geweih bearbeitet hatte. Die Verleugnungen der Frau sind erstaunlich Natur. Vor einigen Wochen wurde bereits in der gleichen Hasanerie ein älterer Rehboden, der schon mehrfach Menschen tödlich geworden war, wegen seiner Boshaftigkeit erschlagen.

Frankfurt a. M. (Schreckensfahrt eines Autos.) Als ein Postauto, dem noch ein schwerbeladener Möbelwagen angehängt war, langsam die Billtalhöhe bei Königstein hinabfahren wollte, versagte die Steuerung des Kraftwagens. Die Wagen gerieten in immer schnellere Bewegung und jagten schließlich in wahnsinniger Fahrt zu Tal. Erst in der wieder aufsteigenden Kirchstraße konnten die Wagen zum Stillstand gebracht werden. Die Wagen rissen unterwegs die Kronen von mehreren Straßenbäumen fort und zerbrachen eine Telegrafenleitung. In dem Anhänger befand sich ein Schwerriegelbeschädigter mit Familie und zwei anderen Personen, die gleichfalls nach Frankfurt wollten. Die Frau erlitt bei der furchtbaren Fahrt einen Nervenschlag.

Frankfurt a. M. (Deutsche nationale Tagung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen.) In Anwesenheit von Mitgliedern und Gästen aus allen Teilen des Reiches nahm die Jahrestagung der Deutschen nationalen Vereinigung des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ihren Anfang. Unter den Teilnehmern sind bekannte Vertreter der kirchlichen Einheitsbewegung u. a. genannt: Universitätsprofessor Dr. Titius, Oberkonsistorialrat Dr. Schreiber, beide aus Berlin, Superintendent a. D. Dr. Stephan-Baden, Dr. Keller-Zürich, Bischof Dr. Nissen-Zürich u. a. Die dreitägigen Verhandlungen (vom 27. bis 29. April 1926) werden eine mit Spannung erwartete Auseinandersetzung bringen über die Probleme und Ergebnisse des Stockholmer Weltkonzils im vergangenen Jahr, dessen Arbeit in bemerkenswerter Weise auf deutschem Boden

weitergeführt wird. Der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, dessen Ziel ist, die in den christlichen Kirchen der Welt vorhandenen lebendigen sittlichen und religiösen Kräfte zu einer planvollen Mitarbeit an der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern heranzuziehen, ist heute in 28 Ländern der Erde durch nationale Organisationen vertreten.

Sossenheim. (Blitzschlag in eine Kapelle.) Während eines heftigen Gewitters schlug der Blitz in die hiesige Kapelle ein und riß eines der beiden Türmchen der Kapelle glatt ab. Auch das andere Türmchen ist dem Einsturz nahe. Die Kapelle mußte geschlossen werden.

Wiesbaden. (Sonderzug Wiesbaden — Würzburg.) Die Reichsbahndirektion Mainz läßt am Sonntag, den 2. Mai, von Wiesbaden über Mainz einen Sonderzug nach Würzburg fahren. Der Zug nimmt in Groß-Gerau, Darmstadt, Dieburg und Babenhausen noch Fahrgäste auf und fährt dann mit Schnellzugsgeschwindigkeit über Aschaffenburg durch den Spessart ins Maintal nach Würzburg, wo unter Führung einer Besichtigung des Schlosses und der Stadt stattfindet. Jeder Teilnehmer erhält bei Lösung der Fahrkarte die wesentlich ermäßigten Eintrittskarten zur Besichtigung der verschiedenen Sehenswürdigkeiten.

Mainz. (Festgenommenen Unterstübungsschwindler.) In Stuttgart wurde ein Schwindler festgenommen, der in verschiedenen Städten Deutschlands an hoher Stelle Personen Briefe schrieb und mit dem Vorgeben, daß das Gut seines Vaters durch die Volksabstimmung in Polen verloren und er selbst aus Schlesien ausgewiesen worden sei, Geld zu bekommen suchte. Der Betrüger soll sich auch in hiesiger Gegend aufgehalten und ähnliche Schreiben hinausgesandt haben.

Dillenburg. (Wiederinbetriebnahme der Silber- und Bleierzgrube.) Im benachbarten Mandel sind in letzter Zeit Bestrebungen im Gange, die Silber- und Bleierzgrube „Camerun“ wieder in Betrieb zu setzen. Die Grube ist in den 90er Jahren wegen Unrentabilität stillgelegt worden. Die Klüze befinden sich durchweg in Händen von Kleinbesitzern. Ein auswärtiges Konkurrenz hat nun in letzter Zeit versucht, die Klüze einzunehmen. Dem Vernebner noch soll es ihm auch gelungen sein, einen großen Teil der Klüze zu erwerben. Da sich das Konkurrenz einen Erfolg vor der Inbetriebnahme verspricht, dürfte in absehbarer Zeit damit zu rechnen sein.

Fulda. (Noch keine Auflösung der Geisaer Brandstiftung.) Das große Brandunglück im benachbarten Rhöndorf Geisa, dem bekanntlich neun Gehöfte zum Opfer fielen, bildet immer noch Gegenstand eifriger Nachforschungen der Kriminalpolizei. Eine restlose Auflösung darüber, ob Brandstiftung vorliegt, konnte bis jetzt noch nicht erfolgen. Der unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftete Kaufmann Fritz Jünger bleibt jedoch weiter in Haft, und man nimmt an, daß die Verdachtsmomente begründet sind. — Sonst bereits seine Freilassung erfolgt wäre.

Aus Nassau. (Lehrerjubiläum) Diejenigen Lehrer, welche im Mai des Jahres 1886 das Lehrerseminar zu Montabaur verließen, können in diesem Jahre auf eine 40jährige Tätigkeit im Schuldienste zurückblicken. Dieses Jubiläum wollen diejenigen nicht unbemerkt vorübergehen lassen, sondern durch eine gemeinsame Zusammenkunft mit einer entsprechenden Feier in den Pfingstferien zu Koblenz begehen. Von den damaligen 24 Abiturienten sind 14 noch im Schuldienste tätig. Sechs Klassenzöglinge sind bereits verstorben, drei leben im Ruhestand und einer ist nach Amerika ausgewandert.

Locales.

Flörsheim am Main, den 29. April 1926.

Zur Reichsgesundheitswoche.

An die Eltern! Zu Ostern haben viertausend Mädchen und Jungen die Schulbank verlassen, haben die Kinderstuhle ausgezogen und treten jetzt in den Beruf, ins Leben. Ein scharfer Schnitt! Versunken ist Schule und Kinderspiel. In Werkstatt und Büro, in Fabriken und Betrieben packt der Beruf die jungen Menschenkinder und jedes wird vor die große Aufgabe gestellt, ob es deren Freude gewinnt, die wachsenden Kräfte in frohem Wettkampf mit anderen zu messen.

Nun, fremdartige, vielgestaltige Eindrücke wirken, der Gesichtskreis erweitert sich. Der Körper wächst, oft überschreitet, der Hunger kaum zu stillen. Geist und Seele streben nach Wahrheit, nach neuen Erkenntnissen. Mit Sorge sieht Ihr Eltern das Drängen und Hären in den jungen Seelen, die tiefe Unruhe, die sich oft Lust macht in allerlei Überschwang, Flegeleien und bunten Phantasien. Und langsam steigt in Euch die Erkenntnis auf, daß Eure Kinder ansang, ihre eigenen Wege zu gehen. Ein wichtiger Lebensabschnitt ist da. Welche Sorge um die heranwachsenden Kinder.

Die Mutter leidet am meisten darunter. Und doch vollzieht sich eine Selbstverständlichkeit. Wenn sich der Mensch bilden soll, der für sich auf eigenen Füßen zu stehen vermag, dann muß er einmal den Mutterstab verlassen, einmal sich loslösen von der führenden Hand des Vaters. Wohl den Eltern, die hier die Wahrheit erkennen, die nicht für Trost und Widerstand und Ablehnung der Familie halten, was in Wirklichkeit nur ein natürlicher Prozeß ist. Hier ist der Zeitpunkt gekommen, wo aus der hegenden Mutter die treue Freundin, aus dem führenden Vater der verständnisvolle Freund werden muß.

Mit schweren Sorgen lassen die Eltern ihre Kinder die ersten Schritte allein und selbständig tun. Und doch ist heute leichter als vor Jahren. Helfer sind entstanden. Jugendgruppen haben ihre Tore weit aufgemacht, um die Schulklasse auszunehmen. Diese freiwillige Bindung und Unterordnung unter eigenem Gelehrte, die von den Jugendgruppen gefordert werden, haben allgemeine Anerkennung gefunden. Das Reich, die Länder, die Städte und Landgemeinden, sie alle fördern diese Gemeinschaften der Jugendlichen aus der Erkenntnis heraus, daß hier wichtige Erziehungsarbeit geleistet wird. Wer möchte sie aufzählen, alle Verbände, Jugendgruppen der verschiedensten Richtungen? Doch lassen sich gleiche Ziele erkennen: 1. Liebe zur Natur und Heimat. 2. Einfacher Stil in Kleidung und Umgang. 3. Pflege des deutschen Volstums in Liedern, Spielen, Tänzen, Sagen und Märchen. 4. Ablehnung von Roheit, Unwahrheit und Charakter-

